

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der
Republik Polen
über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze

Die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Polen -

in dem Bestreben, ihre gegenseitigen Beziehungen in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, insbesondere der Charta der Vereinten Nationen, und mit der in Helsinki unterzeichneten Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie den Dokumenten der Folgekonferenzen zukunftsgerichtet zu gestalten,

entschlossen, gemeinsam einen Beitrag zum Aufbau einer europäischen Friedensordnung zu leisten, in der Grenzen nicht mehr trennen und die allen europäischen Völkern ein vertrauensvolles Zusammenleben und umfassende Zusammenarbeit zum Wohle aller sowie dauerhaften Frieden, Freiheit und Stabilität gewährleistet,

in der tiefen Überzeugung, daß die Vereinigung Deutschlands als Staat mit endgültigen Grenzen ein bedeutsamer Beitrag zu der Friedensordnung in Europa ist,

unter Berücksichtigung des am 12. September 1990 unterzeichneten Vertrags über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland,

eingedenk dessen, daß seit Ende des Zweiten Weltkriegs 45 Jahre vergangen sind, und im Bewußtsein, daß das schwere Leid, das dieser Krieg mit sich gebracht hat, insbesondere auch der von zahlreichen Deutschen und Polen erlittene Verlust ihrer Heimat durch Vertreibung oder Aussiedlung, eine Mahnung und Herausforderung zur

Gestaltung friedlicher Beziehungen zwischen den beiden Völkern und Staaten darstellt,

in dem Wunsch, durch die Entwicklung ihrer Beziehungen feste Grundlagen für ein freundschaftliches Zusammenleben zu schaffen und die Politik der dauerhaften Verständigung und Versöhnung zwischen Deutschen und Polen fortzusetzen -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze, deren Verlauf sich nach dem Abkommen vom 6. Juli 1950 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Republik Polen über die Markierung der festgelegten und bestehenden deutsch-polnischen Staatsgrenze und den zu seiner Durchführung und Ergänzung geschlossenen Vereinbarungen (Akt vom 27. Januar 1951 über die Ausführung der Markierung der Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen; Vertrag vom 22. Mai 1989 zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Volksrepublik Polen über die Abgrenzung der Seegebiete in der Oderbucht) sowie dem Vertrag vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen bestimmt.

Artikel 2

Die Vertragsparteien erklären, daß die zwischen ihnen bestehende Grenze jetzt und in Zukunft unverletzlich ist und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer Souveränität und territorialen Integrität.

Artikel 3

Die Vertragsparteien erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.

Artikel 4

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Vertreter der Vertragsparteien diesen Vertrag unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

Geschehen zu Warschau am
in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer
Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich
ist.

Für die
Bundesrepublik Deutschland

Für die
Republik Polen

BESCHLUSSVORSCHLAG

Das Kabinett stimmt der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze durch den Bundesminister des Auswärtigen am 14. November 1990 zu.

Sprechzettel für den Regierungssprecher

Die Bundesregierung hat der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze durch den Bundesminister des Auswärtigen am 14. November 1990 in Warschau zugestimmt. In dem Vertrag wird der bestehende Grenzverlauf bestätigt, die Unverletzlichkeit dieser Grenze erklärt sowie eine gegenseitige Verpflichtung zur uneingeschränkten Achtung der Souveränität und territorialen Integrität ausgesprochen. Es wird außerdem erklärt, daß die Vertragsparteien gegeneinander jetzt und in Zukunft keinerlei Gebietsansprüche erheben.

Mit dem Vertrag löst das vereinte Deutschland eine Verpflichtung aus dem Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland. Es entspricht dem politischen Willen, der in den Entschlüssen des Deutschen Bundestages und des Bundesrates sowie der Volkskammer der früheren DDR vom 21. Juni 1990 zum Ausdruck gebracht worden ist.

Der Grenzvertrag bedeutet für die Deutschen, die ihre Heimat verloren haben, ein besonderes Opfer. Die polnische Seite ist in den Vertragsverhandlungen bereit gewesen, in der Präambel an das schwere Leid des 2. Weltkrieges, und dabei insbesondere auch an den von zahlreichen Deutschen und Polen erlittenen Verlust ihrer Heimat durch Vertreibung oder Aussiedlung zu erinnern.

Mit der Bestätigung der deutsch-polnischen Grenze wird eine wichtige Voraussetzung für eine auf die Zukunft gerichtete Gestaltung des deutsch-polnischen Verhältnisses im Sinne einer nachbarschaftlichen Zusammenarbeit geschaffen. Die Bundesregierung wird mit diesem Ziel einen Vertrag über Zusammenarbeit und gute Nachbarschaft mit Polen abschließen, für den die Verhandlungen begonnen haben.